

Geschäftsführer Sebastian Chwala

Bahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 10. März 2020

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 28. Februar 2020

Parlamentsdebatte über Haushalt 2020 - Marburger Linke, Grüne und FDP lehnen Haushaltsentwurf des Magistrats ab

Die Debatte über den Haushalt 2020 für die Stadt Marburg fand im Vergleich zu den vergangenen Jahren unter veränderten Bedingungen statt. Im Sommer hatte das Parlament den Klimanotstand festgestellt; erst wenige Tage zuvor war erneut ein rassistischer Anschlag, diesmal im nahegelegenen Hanau, verübt worden. Noch vor der Debatte verabschiedeten die Stadtverordneten daher einen gemeinsam eingebrachten Antrag, der die rassistischen Morde verurteilte. Anschließend debattierte das Stadtparlament ausschließlich über den Haushaltsentwurf. Nach einer mehrstündigen Aussprache wurde das Zahlenwerk schließlich von SPD, CDU und BfM gegen die Stimmen der Marburger Linken und der anderen Oppositionsfraktionen verabschiedet.

Marburger Linke fordert Stadtentwicklungskonzept, mehr Investitionen in die soziale Infrastruktur, sowie die Erhöhung der Gewerbesteuern auf bundesdeutsches Normalmaß

Die Reihenfolge und die Länge der Haushaltsreden richtet sich nach der Fraktionsstärke. Also hatten SPD und CDU erst einmal ausgiebig Gelegenheit, sich zu beweihräuchern und ihren jeweiligen „Handschriften“ im Haushalt nachzuspüren. Das klang mitunter, als seien zwei Parallelhaushalte, einer der SPD und einer der CDU, entstanden.

Die Marburger Linke stellte dagegen fest, dass der Entwurf wesentlichen Aufgaben der Stadtentwicklung nicht gerecht werde. Sie forderte ein, dass eine **Politik der sozialen Gerechtigkeit** auch in einer Stadt wie Marburg Grundlage der Haushaltspolitik sein muss. Nur dann werde es in der Stadtgesellschaft auch breite Zustimmung zu der zentralen Frage eines ökologischen Umbaus geben. In diesem Zusammenhang forderte Renate Bastian erneut ein Entwicklungskonzept für den Richtsberg, den größten Stadtteil Marburgs.

Dieses muss allerdings Teil eines umfassenden **Stadtentwicklungsplans** sein, der in Marburg bis heute fehlt, so Bastian weiter. Zudem muss Armut in Marburg insgesamt stärker erkannt und zurückgedrängt werden. Zur Unterstützung der sozialen Träger muss ein städtischer Armutsbeauftragter tätig werden.

Als weiteren Schwerpunkt sprach die Fraktionsvorsitzende der Marburger Linken die Notwendigkeit an, die ehrenamtliche **Flüchtlingsarbeit** weiter zu unterstützen, nachdem die rot-grüne Landesregierung fatalerweise hier den Rotstift angesetzt habe. Auf diese Weise könnten die wichtigen und richtigen Bekenntnisse gegen Rassismus und Demokratiefeindlichkeit real untermauert werden. Für das Projekt „200 nach Marburg“ und zur Vorbereitung auf eine möglicherweise notwendige Aufnahme von Geflüchteten veranschlagten die Fraktion einen entsprechenden finanziellen Posten. Um die Relevanz dieser Positionen hervorzuheben, beantragte die Marburger Linke hierüber Einzelabstimmung.

Auch wenn die Mehrheitsparteien mit ritualisierten Abwehrreflexen reagieren: An finanziellen Mitteln, diese Projekte umzusetzen, mangelt es nicht. Die Stadt muss endlich den Mut aufbringen, die **Gewerbesteuern** an den Durchschnitt vergleichbarer deutscher Städte anzupassen. Frühere Oberbürgermeister wie etwa Hanno Drechsler (SPD) waren da weitaus weniger zimperlich. Das betreffe schließlich nur die Großunternehmen, die vom guten Standort Marburg profitieren.

Bezahlbarer Wohnraum entwickelt sich verstärkt zu einem sozialpolitischen Schwerpunkt. Das machte Tanja Bauder-Wöhr deutlich und verlangte von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau ein weitaus höheres Engagement. Bisher seien auf dem Wohnungssektor vor allem Private aktiv geworden – allerdings mit hochpreisigen Wohnungen. Die Stadt muss daher vorausschauende Bevorratung von Flächen betreiben, um wirksam die Mietpreisentwicklung zu dämpfen. Als einzige Fraktion wollte die Marburger einen entsprechenden Betrag in den Haushalt einstellen.

Roland Böhm, Fraktionsmitglied der Marburger Linken und Vorsitzender des Sozialausschusses, listete anschließend auf, wo die städtische Sozialpolitik nicht vorankommt. So fehlen weiterhin ausreichend Plätze in der **Kinderbetreuung** und auch eine Gebührenbefreiung für die Betreuung von Kindern im Alter von unter 3 Jahren, ist immer noch nicht vorgesehen.

Zur **Klima- und Verkehrspolitik** forderte Stefanie Wittlich für die Marburger Linke zudem raschere Fortschritte, um die CO₂-Emissionen in Marburg zu senken. So soll endlich eine kostenlose Nutzung der Busse für Beschäftigte (Jobticket), Stadtpassinhaber*innen und Schüler*innen (bis das Land diese Aufgabe übernimmt) umgesetzt werden, um die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver zu machen. Schnellbuslinien und der Ausbau von Radwegen, insbesondere, auf die Lahnberge, gehören in dieses Programm.

All diesen Forderungen mochten sich SPD, CDU und BfM nicht anschließen. Alle Änderungsanträge der Marburger Linken wurden abgelehnt.

Ein Überblick über die Haushaltsanträge der Marburger Linken befindet sich auf der folgenden Seite.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm und Stefanie Wittich

Haushaltsvorschläge der Marburger Linken

Im Verfahren, das zur Verabschiedung des Haushalts der Stadt Marburg führt, stellt die Marburger Linke exemplarisch zu einzelnen Inhalten des Haushaltsentwurfs Änderungsanträge.

Diese können eine Erhöhung oder Verringerung von Ausgaben und von Einnahmen zum Ziel haben. Ebenso kann die Verfolgung von bestimmten Zielen zu einzelnen Themen beantragt werden:

Ziele:

- Keine Warmmietenerhöhung bei energetischer Sanierung der Mietwohnungen;
- Jährliche Erhöhung des Bestandes an Sozialwohnungen um netto 120 Einheiten
- Verbesserung der Mobilität von einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen;
- Steigerung der ÖPNV-Fahrgastzahlen um 10 % (durch Einführung von Jobtickets für alle Beschäftigten);
- Verringerung des Pkw-Verkehrsaufkommens um jährlich 3,5 Prozent (Halbierung des Pkw-Anteils am Verkehr in 20 Jahren);
- Verbesserung des Zugangs zu kulturellen Angeboten für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen;
- Verbesserung der Einkommen der Kulturschaffenden;
- Mittelfristige Erhöhung der Ausgaben für kulturelle Zwecke auf 5 % der Gesamtausgaben;

Ergebnishaushalt

(vor allem Personal und für Sach- und Dienstleistungen; Mehrausgaben oder Mindereinnahmen)

Kostenfreie Kitas (Verringerung der Einnahmen)	6.117.000
Kostenloses Schulmittagessen	800.000
Entwicklungskonzept Richtsberg	150.000
Stadtentwicklungsplan (Vorarbeiten)	50.000
Erhöhung Kulturausgaben	788.020
Unterbringung von Geflüchteten	500.000
Jobtickets für alle	4.800.000
Einführung von drei Schnellbuslinien	800.000
Kostenloses Schülerticket für alle	2.500.000
Mittel für Streetworker Richtsberg und Wohnungslosenbetreuung, Stellen Armutsbeauftragte*r und Wohnraumbeauftragte*r, Ausweitung Kinderferienbetreuung	340.000

Investitionshaushalt (Mehrausgaben)

Bau einer Sporthalle (2020-22)	5.000.000
50-m-Schwimmbecken (2020-22)	3.125.000
Grunderwerb für Wohnungsbau	3.000.000
Bau von Fuß- und Radwegen	1.000.000
Bau Radweg zur Lahnbergemensa (2020-21)	1.500.000

Einnahmeverbesserungen und Einsparungen

Höhere Einnahmeschätzung bei Gewerbesteuer (+ 10 %) (2015-2019 lagen die Einnahmen durchschnittl. 18,9 % über dem Plan)	10.060.000
Erhöhung Gewerbesteuerhebesatz von 400 auf 440	10.600.000
Einnahmen aus Verkehrskontrollen	1.000.000
Tourismusabgabe	400.000
Streichung der Mittel für Graffiti-Beseitigung	90.000
Verzicht auf private Sicherheitsdienstleistungen	230.000
Einführung ÖPNV-Nulltarif für Stadtpassinhaber*innen (Kostensparnis durch Vertrag mit RMV)	100.000